

Inhaltsverzeichnis

- 1 Einleitung 1
- 2 Verfassungsrechtliche Probleme der Richterwahl 7
 - 2.1 Die Probleme bei der Kandidatenauswahl und bei der
Ausgestaltung des Wahlverfahrens 8
 - 2.2 Fragen der Legitimation der Bundesverfassungsrichter 15
 - 2.3 Der Gang der Untersuchung 15
- 3 Rolle und Stellung der Gesetzgebungskörperschaften im
Richterwahlverfahren 17
 - 3.1 Richterwahlen in Deutschland 17
 - 3.1.1 Richterwahlen in einem demokratischen und
föderalen Verfassungsstaat 17
 - 3.1.2 Die rechtlichen Regelungen und die Auswahlpraxis
bei der Besetzung des Bundesverfassungsgerichts 19
 - 3.1.2.1 Die rechtlichen Regelungen 19
 - 3.1.2.2 Das Wahlverfahren in der Praxis 23
 - 3.2 Stellung und Bedeutung des Bundesrates im
Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland 26
 - 3.2.1 Die Existenz eines föderalen Organs als
verfassungsrechtliche Konstante 27
 - 3.2.1.1 Die Entwicklung der Bundesstaatlichkeit
und ihre Umsetzung im Grundgesetz 29
 - 3.2.1.1.1 Die historische Entwicklung
der Bundesstaatlichkeit 29
 - 3.2.1.1.2 Die Rechtfertigung der
bundesstaatlichen Idee 37

3.2.1.1.3	Die bundesstaatliche Konzeption im Grundgesetz	40
3.2.1.2	Der Bundesrat in der Tradition seiner Vorgänger	46
3.2.2	Der Bundesrat als föderatives Verfassungsorgan und die Konsequenzen daraus für das Wahlverfahren	49
3.2.3	Der Bundesrat als politisches Organ	63
3.2.4	Der Bundesrat zwischen Demokratie, Bundes- und Rechtsstaatlichkeit	71
3.3	Das Bundesverfassungsgericht an der Schnittstelle zwischen Recht und Politik	81
3.3.1	Der Begriff und die Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland	82
3.3.2	Die verfassungsrechtliche Sonderstellung des Bundesverfassungsgerichts und der Vorrang der Verfassung	86
3.3.3	Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit im Gewaltenteilungssystem	91
3.3.4	Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	108
3.3.5	Die Auswirkungen der Rolle des Bundesverfassungsgerichts im System des Grundgesetzes auf das Bestellungsverfahren	113
4	Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung des Wahlverfahrens	117
4.1	Grundsätzliche Anforderungen	117
4.2	Die Anforderungen im Einzelnen	120
4.2.1	Die Legitimation der Bundesverfassungsrichter	120
4.2.1.1	Legitimation und Verfassungsrichterwahlen	121
4.2.1.1.1	Das Legitimationsbedürfnis der Rechtsprechung und der Richter	121
4.2.1.1.2	Besondere Anforderungen aufgrund der Stellung des Bundesverfassungsgerichts	123
4.2.1.2	Die Formen der Legitimation im Grundgesetz	124

4.2.1.2.1	Die Konzeption der demokratischen Legitimation auf Grundlage des grundgesetzlichen Demokratieverständnisses	125
4.2.1.2.2	Grundsätze und Grundzüge der demokratischen Legitimation	133
4.2.1.2.3	Die Wirkung und Stärke der verschiedenen Legitimationsformen	148
4.2.1.2.4	Legitimation aus dem bundesstaatlichen Prinzip	163
4.2.1.3	Legitimation im Grundgesetz	165
4.2.2	Die Bedeutung von Demokratie und Gewaltenteilung für das Richterwahlverfahren	177
4.2.2.1	Das systematisch bedingte Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Gewaltenteilung	177
4.2.2.2	Legitimation und Kontrolle	182
4.2.2.3	Die richterliche Unabhängigkeit zwischen dem Gestaltungs- und Machtanspruch der Parteien	187
4.2.3	Weitere Anforderungen aus dem demokratischen Prinzip	196
4.2.3.1	Transparenz staatlicher Entscheidungen als wesentliches Element des Demokratieprinzips	196
4.2.3.2	Das Erfordernis einer Wahlentscheidung und keiner Akklamation	198
4.2.4	Der Grundsatz der Bestenauslese und der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern nach Art. 33 Abs. 2 GG bei der Wahl der Bundesverfassungsrichter im Spannungsverhältnis zu den Wahlgrundsätzen	200
4.2.4.1	Zur grundsätzlichen Anwendbarkeit des Art. 33 Abs. 2 GG	200
4.2.4.2	Modifikationen des Art. 33 Abs. 2 GG durch den Gedanken der föderativen Repräsentation aus Art. 36 GG	206

4.2.4.3	Konkrete Anforderungen aus Art. 33 Abs. 2 GG an das Wahlverfahren	211
4.2.5	Der Grundsatz der Chancengleichheit aus Art. 33 Abs. 2 i. V. m. Art. 3 GG	212
4.2.5.1	Aspekte der Chancengleichheit der Bewerber	213
4.2.5.2	Das Prinzip der politischen Chancengleichheit	215
4.2.6	Vorgaben durch das bundesstaatliche Prinzip	218
4.2.7	Anforderungen aus dem parteienstaatlichen Prinzip und die Grenzen für den Einfluss der Parteien	219
4.3	Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Verfahrens	229
4.3.1	Die notwendigen Verfahrensbedingungen für eine Legitimation im Einklang mit der Verfassung	229
4.3.2	Mögliche Kurationsformen	231
4.4	Ergebnisse und Prämissen für die Ausgestaltung des Verfahrens	232
5	Reformvorschläge und deren Umsetzbarkeit	237
5.1	Reformbedürftige Bereiche und der Wille zur Reform	237
5.2	Rechtliche Bewertung und Einordnung bereits existierender Reformvorschläge	242
5.2.1	Änderung bei der Zusammenstellung des Kandidatenkreises	243
5.2.1.1	Erweiterung der Vorschlagsrechte auf juristische Gremien oder andere Staatsorgane	244
5.2.1.1.1	Die Problematik bindender Vorschlagsrechte	244
5.2.1.1.2	Die Erstellung von Dreierlisten	246
5.2.1.1.3	Erweiterung oder Änderung des Kreises der Vorschlagsberechtigten	246
5.2.1.1.4	Keine Verbesserung durch eine Erweiterung des Kreises der Vorschlagsberechtigten	250
5.2.1.2	Öffentliche Ausschreibungen	251
5.2.2	Änderungen im Wahlverfahren	255
5.2.2.1	Unmittelbare Volkswahl	255

5.2.2.2	Alleinige Wahl durch den Bundestag	257
5.2.2.3	Einheitliches Wahlverfahren zur Auflösung von Legitimationsschwierigkeiten	259
5.2.2.4	Wahl durch ein gemischt besetztes Gremium	260
5.2.2.5	Änderung der Mehrheitsverhältnisse	262
5.2.3	Sonstige Reformvorschläge	265
5.2.3.1	Verschiedene Ansätze zur Einbeziehung weiterer Beteiligter in das Verfahren	265
5.2.3.1.1	Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen mit politischer Relevanz	266
5.2.3.1.2	Beteiligung weiterer Inhaber von Staatsgewalt	266
5.2.3.1.3	Stärkere Einbindung der Exekutive	272
5.2.3.2	Anhörungen im Auswahlverfahren	278
5.2.3.3	Möglichkeiten der Konkurrentenklage	284
5.2.3.4	Die Einführung von Begründungspflichten	286
5.2.3.5	Die Bestellung der Bundesverfassungsrichter im Wege eines Losverfahrens	287
5.2.3.6	Die Bestellung auf Lebenszeit	290
5.2.4	Zur Wirkungslosigkeit isolierter Lösungsansätze	294
5.3	Eigener Vorschlag zur Reform des Wahlverfahrens	296
5.3.1	Der Vergleich mit anderen Rechtsordnungen bei der Entwicklung eines Bestellungsverfahrens	297
5.3.2	Vorschlag für Verfahrensänderungen und seine Zielrichtung	299
5.3.3	Vorzüge und Risiken des Reformvorschlags	302
5.3.4	Die rechtliche Absicherung des Verfahrens	304
6	Ergebnisse der Untersuchung	309
	Literaturverzeichnis	319